



Europapolitiker Juncker

# „Ich verstehe Tsipras nicht“

**SPIEGEL-Gespräch** EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker beschwört Athen, eine Staatspleite abzuwenden. Um künftige Krisen zu verhindern, fordert er mehr Macht für Europas Parlamente.

Es war kurz nach 18 Uhr am vergangenen Mittwoch, als das Handy auf dem Schreibtisch von Jean-Claude Juncker klingelte. Es meldete sich der griechische Premier Tsipras. „Hallo Alexis“, sagte Juncker, „ich muss dich später zurückrufen, hier hören drei Gangster vom SPIEGEL mit.“ Zuvor hatte Juncker, 60, im Interview aus seinem Frust über die griechische Regierung keinen Hehl gemacht.

**SPIEGEL:** Herr Juncker, wir wollen mit Ihnen über Freundschaft reden.

**Juncker:** Ein großes Thema, schießen Sie los.

**SPIEGEL:** Freundschaft ist eine Beziehung, die durch Zuneigung und Vertrauen gekennzeichnet ist, heißt es im Lexikon. Wenn Sie das als Maßstab anlegen: Ist der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras dann Ihr Freund?

**Juncker:** Es gibt zwei Arten von Freundschaft. Die erste gründet auf Sympathie, wie ich sie für Herrn Tsipras empfinde. Die zweite, die echte Freundschaft, ist viel seltener, weil sie erst Hürden überwinden und wachsen muss.

**SPIEGEL:** Sie haben Tsipras schon bald nach seinem Amtsantritt als Freund bezeichnet.

Inzwischen beklagen Sie aber, dass er Ihre Angebote in Athen falsch wiedergebe. Waren Sie mit Ihrem Urteil etwas voreilig?

**Juncker:** Nein, mein Verhältnis zu Herrn Tsipras ist vorläufig eine Freundschaft im ersten Sinne des Wortes. Ob daraus echte Freundschaft entsteht, muss sich noch erweisen. Allerdings räume ich ein: Das Vertrauen, das ich in ihn gesetzt habe, ist nicht immer ebenbürtig erwidert worden.

**SPIEGEL:** Sie sind Herrn Tsipras in vielen Punkten entgegengekommen, trotzdem wirft er Ihnen und den anderen Gläubigern vor, Sie wollten die Griechen ausplündern. Sind Sie enttäuscht?

**Juncker:** Man sollte die Beziehungen zwischen Repräsentanten von Regierungen und Institutionen nie persönlich nehmen. Wir sind da, um für die Menschen zu arbeiten. Andererseits kann man Politik nicht ohne verlässliche persönliche Beziehungen betreiben. Bei allem Respekt für die neue griechische Regierung muss man feststellen: Einige ihrer Repräsentanten sind ins Amt gekommen, ohne ausreichend für ihre Aufgabe vorbereitet gewesen zu sein.

**SPIEGEL:** Die Verhandlungen mit den Griechen kommen allenfalls millimeterweise voran, obwohl der Bankrott des Landes immer näherrückt. Ist der Abschied des Landes aus der Eurozone überhaupt noch zu vermeiden?

**Juncker:** Wir müssen nach wie vor alles versuchen, um den Grexit abzuwenden. Sie haben recht, die Zeit wird knapp, und manche der giftigen Sprüche aus Athen machen es nicht leichter, zu einem Kompromiss zu kommen. Aber diese Sprüche ignoriere ich einfach, denn wir müssen vorankommen.

**SPIEGEL:** Die Griechen sehen offenbar die Chance, mehr herauszuschlagen, wenn sie weiterpokern.

**Juncker:** Die europäische Politik ist kein Kartenspiel, in dem es am Schluss Sieger und Verlierer gibt. Im Gegenteil: Entweder gewinnen alle, oder alle verlieren. Deshalb ist es unabdingbar, dass sich die griechische Regierung schnellstmöglich bewegt.

**SPIEGEL:** Viele Ihrer Kollegen werfen Ihnen vor, Sie hätten die griechische Regierung zum Zocken förmlich eingeladen. Schließlich haben Sie schon zu Beginn der Ver-



**Demonstranten vor dem griechischen Parlament:** „Ein Grexit würde die Krise verschärfen“

handlungen einen Grexit kategorisch ausgeschlossen.

**Juncker:** Wenn ich zu Beginn der Verhandlungen gesagt hätte, Grexit wäre eine Option, hätte dies eine Spekulationswelle an den Finanzmärkten ausgelöst. Offensichtlich haben das einige in der griechischen Regierung missverstanden, nach dem Motto: Es gibt da jemanden in Europa, der am Ende ein Kaninchen aus dem Hut zaubern kann. Das ist aber nicht der Fall. Ich habe Herrn Tsipras mehrfach gewarnt, er solle sich nicht darauf verlassen, dass ich ein Scheitern der Gespräche auf jeden Fall verhindern kann, wenn das auf der anderen Seite nicht gewollt ist. Wir sollten alles tun, um einen Grexit zu vermeiden, aber dazu sind Anstrengungen auf beiden Seiten nötig. Ich hätte gern, dass das Kaninchen am Ende auch die griechischen Nationalfarben trägt.

**SPIEGEL:** Haben Sie den Eindruck, dass Tsipras versteht, was für sein Land auf dem Spiel steht?

**Juncker:** Ich habe ihm im Detail beschrieben, was ein Austritt kurz-, mittel- und langfristig für sein Land bedeuten würde.

**SPIEGEL:** Nämlich?

**Juncker:** Es hat in Griechenland tiefe Einschnitte ins soziale Netz gegeben. Das Resultat ist eine humanitäre Krise, die wir nicht akzeptieren können. Viele Menschen in Athen oder Saloniki müssen sich tatsächlich jeden Morgen fragen, wie sie sich den Tag über ernähren. Das Problem ist nur: Diese Krise würde sich bei einem Grexit noch verschärfen. Andererseits gibt es in Griechenland aber auch Menschen, denen es, ich sage es mal in klarem Deutsch, saugut geht. Ich

habe Herrn Tsipras deshalb aufgefordert, den Reichtum in seinem Land höher zu besteuern. Die Resonanz darauf war erstaunlicherweise nicht so groß, wie ich erwartet hatte.

**SPIEGEL:** Seit fünf Jahren versuchen die internationalen Gläubiger nun schon, Griechenland mit milliardenschweren Hilfspaketen vor der Pleite zu bewahren. Doch die Arbeitslosenquote liegt immer noch bei 25 Prozent, und das Bruttoinlandsprodukt ist um ein Viertel eingebrochen. Müssen Sie nicht zugeben, dass die europäische Rettungspolitik gescheitert ist?

**Juncker:** Sie verschweigen, dass wir auch Erfolge haben. Obwohl das griechische Inlandsprodukt dramatisch eingebrochen ist, hat die Regierung einen Haushalt vorgelegt, in dem die laufenden Einnahmen deutlich über den Ausgaben liegen. Ich verahre mich gegen den Eindruck, die Griechen würden auf der faulen Haut liegen. Die Renten wurden gekürzt, die Gehälter gesenkt, die staatlichen Ausgaben zurückgefahren. Vor allem in Deutschland herrscht der Eindruck vor, die Griechen hätten nichts getan, um sich aus ihrer Misere zu befreien. Dieser Eindruck ist falsch.

**SPIEGEL:** Aber die Griechen wollen diese Rettungspolitik nicht länger erdulden. Die Troika ist im Land verhasst, und die Regierung bekommt Beifall, wenn sie die Vorgaben des Internationalen Währungsfonds als „kriminell“ geißelt. Wie soll auf dieser Basis die Rettungspolitik weitergeführt werden?

**Juncker:** Mich stört, dass die Regierung Tsipras so tut, als wären wir in der Kommission Sparfanatiker, die die Würde des griechischen Volkes mit Füßen treten. Ich bin verärgert, dass die

griechische Regierung so tut, als würde die Kommission eine höhere Mehrwertsteuer auf Strom anstreben, um ein Beispiel zu nennen. Ich habe Herrn Tsipras mehrfach gesagt, dass ich offen für andere Vorschläge bin, wenn sie im Ertrag das gleiche Ergebnis bringen. Statt über die Kommission zu schimpfen, könnte Herr Tsipras in Griechenland einmal erzählen, dass ich ihm für die Jahre 2015 bis 2020 ein Investitionsprogramm in Höhe von 35 Milliarden Euro in Aussicht gestellt habe, um die Wachstumskräfte im Land zu stärken. Ich höre davon nichts.

**SPIEGEL:** Können Sie sich das erklären?

**Juncker:** Ich maße mir nicht an, die Psychoanalyse einer anderen europäischen Regierung liefern zu können. Es fällt mir ja manchmal schwer, mich selbst zu analysieren. Scherz beiseite: Ich halte die Reaktion der griechischen Regierung für unzureichend. Wäre ich griechischer Ministerpräsident, würde ich es als Erfolg verkaufen und sagen: Das 35-Milliarden-Paket habe ich in Brüssel durchgesetzt. Ich verstehe Tsipras nicht. In einem der guten Momente unserer Verhandlungen habe ich ihm in einer Kaffeepause einmal gesagt: Wenn ich mit deinem Wahlprogramm angetreten wäre, hätte ich 80 Prozent bekommen. Er hat aber nur 36 Prozent bekommen.

**SPIEGEL:** Wenn sich Tsipras jetzt trotzdem weiteren Sparmaßnahmen verschließt, tut er doch nur, was er vor der Wahl versprochen hat. Wollen Sie ihm das vorwerfen?

**Juncker:** Auch ich bin der Auffassung, dass ein Politiker nach der Wahl tun sollte, was er vor der Wahl in Aussicht gestellt hat. Gerade deshalb muss ein Politiker sich aber vor der Wahl sehr genau überlegen, ob er das, was er verspricht, auch einhalten kann. Die Eurostaaten bilden eine Schicksalsgemeinschaft, die nur funktioniert, wenn sich die Mitglieder aufeinander verlassen können. Leider hat Herr Tsipras vor seinem Regierungsantritt Positionen vertreten, die in Teilen mit dem Regelwerk dieses Solidarverbands kollidieren. Deshalb können seine Wahlversprechen jetzt nicht zu 100 Prozent umgesetzt werden. Das hätte Herr Tsipras wissen müssen.

**SPIEGEL:** Verstehen Sie, warum ein anderer Freund von Ihnen, der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble, einen Grexit inzwischen für die bessere Alternative hält?

**Juncker:** Mir ist kein Satz von Wolfgang Schäuble bekannt, der diese Schlussfolgerung zuließe. Der Bundesfinanzminister ist ein glühender Europäer, der in seiner Person Geschichte und Zukunft vereint. Insofern wären alle und vor allem die Griechen gut beraten, diesem Mann gut zuzuhören.

**SPIEGEL:** Schäuble fürchtet, dass der Fall Griechenland ein falsches Signal setzt. Wenn sich die Gläubiger zu nachsichtig

# 51%

**der Deutschen wünschen, dass Griechenland die Eurozone verlässt.**

Mehr als zwei Drittel lehnen weitere Zugeständnisse ab.

Quelle: ZDF-Politbarometer



70 %

**der Griechen sind für den Verbleib in der Eurozone.**

Sie sind auch dann dafür, wenn dies mit harten Sparmaßnahmen verbunden wäre.

Quelle: Athener Meinungsforschungsinstitut GPO



die Briten sich an diesem Zug nicht beteiligen wollen, dann können wir ihnen das ermöglichen, aber so, dass es andere nicht daran hindert voranzukommen. Das ist bei der Währungsunion längst der Fall. Diejenigen, die sich enger zusammenschließen wollen, sollten die Möglichkeit dazu bekommen.

**SPIEGEL:** Die Präsidenten der wichtigsten europäischen Institutionen machen sich ebenfalls Gedanken, wie

sich die EU entwickeln muss. Was sind Ihre Vorschläge?

**Juncker:** Die Wirtschafts- und Währungsunion ist auf Grundlage der bestehenden Verträge noch nicht vollendet. Die ganze Welt will von uns wissen, wie wir das ändern wollen. Ich glaube zum Beispiel, dass die Eurozone eine Dosis mehr parlamentarische Begleitung braucht, sowohl durch das Europäische Parlament wie auch durch nationale Parlamente. Ich arbeite vertrauensvoll mit Martin Schulz zusammen. Wenn es um das parteipolitische Kleinklein geht, sind wir unterschiedlich aufgestellt. Wenn es aber um die großen Fragen geht, sind wir Partner und Komplizen. Wir schlagen vor, in Etappen vorzugehen. Zunächst geht es darum, was wir unter den geltenden Regeln bewirken können, um solider dazustehen und Fortschritte zu erzielen. Und dann müssen wir prüfen, was wir mittel- und langfristig erreichen können, wenn wir die europäischen Verträge ändern. Das ist allerdings keine akute Frage.

**SPIEGEL:** Wäre es nicht gerade angesichts der Krise in Griechenland nötig, einen solchen Schritt zu tun?

**Juncker:** Ja. Gerade wegen der Krise mit Griechenland müssen wir jetzt der Welt und uns selbst erklären, wohin der Weg führt. Auch die Bürger werden immer skeptischer, der Graben zur europäischen Elite vergrößert sich, man müsste ja blind sein, um das nicht zu sehen. Deshalb darf sich Brüssel nicht länger im Klein-Klein verlieren und die Menschen mit Vorschriften belästigen, die oft vor Ort viel besser ausgearbeitet werden können. Europa muss zeigen, dass es bei den großen drängenden Fragen handlungsfähig ist: in der Außenpolitik, bei der Flüchtlingsproblematik, bei der wirtschaftlichen Herausforderung der Digitalisierung. Die europäischen Debatten dürfen nicht länger von Duschköpfen und Olivenölkännchen beherrscht werden.

**SPIEGEL:** Herr Juncker, wir danken Ihnen für dieses Gespräch!

**Lesen Sie auch** unsere Reportage über Europas klägliche Flüchtlingspolitik auf Seite 58.

zeigen und sich der Poker der Griechen lohnt, wird das Motto künftig für alle Euroländer lauten: Frechheit siegt.

**Juncker:** Diese Gefahr sehe ich auch. Ich weiß, dass viele, vor allem in Deutschland, in mir einen naiven Griechenlandverstehler sehen. Aber ich bin da sehr klar: Solidarität und Solidität gehören zusammen. Während ich für ein vorübergehendes Unvermögen, Regeln einzuhalten, Verständnis habe, darf es nicht passieren, dass der, der die Regeln bricht, dafür belohnt wird. Deshalb muss die griechische Regierung deutlich machen, dass sie bereit ist, sich an die Regeln zu halten.

**SPIEGEL:** Tsipras hat in der Bevölkerung große Unterstützung, zugleich will eine deutliche Mehrheit der Griechen den Euro behalten. Wäre es da nicht sinnvoll, das Volk zu befragen, ob es zu einer Fortsetzung der Sparpolitik bereit ist?

**Juncker:** Es ist irrig zu glauben, dass man mit einem Referendum oder mit Neuwahlen in einem Land die Realität in ganz Europa ändern könne. Das habe ich Herrn Tsipras schon mehrfach erklärt. Ganz gleich, was in Athen passiert, die Zusam-



**Juncker, SPIEGEL-Redakteure\***

„Kann kein Kaninchen aus dem Hut zaubern“

mensetzung in den Parlamenten anderer Mitgliedsländer und auch im Deutschen Bundestag bliebe genau so, wie sie ist.

**SPIEGEL:** Mal angenommen, den internationalen Gläubigern gelingt in letzter Sekunde ein Kompromiss mit Athen: Wird es der Kanzlerin dann gelingen, eine Zustimmung dafür im Bundestag zu bekommen?

**Juncker:** Wenn wir ein Einvernehmen finden, das tragfähig ist und das mit dem Zutun der deutschen Regierung zustande kommt, ist es Angela Merkels Aufgabe, den Deutschen Bundestag davon zu überzeugen – und ich bin absolut sicher, dass ihr das gelingt.

**SPIEGEL:** Ihren Optimismus in Ehren, aber die Stimmung ist bei Merkels Parteifreunden eine ganz andere. Die Abgeordneten haben keine Lust mehr, sich von der griechischen Regierung an der Nase herumführen zu lassen.

**Juncker:** Ich glaube nicht, dass es den Griechen gelingt, deutsche Parlamentarier oder den Kommissionspräsidenten an der Nase herumzuführen.

**SPIEGEL:** Die Kanzlerin sagt, wenn die griechischen Politiker testen wollten, wer die stärkeren Nerven hat, dann könnten sie das gern tun.

**Juncker:** Da hat Frau Merkel recht. Aber es geht hier nicht nur um die besseren Nerven. Es geht um das griechische Volk, und vor allem den Teil, der sich in einer sehr schwierigen Lage befindet.

**SPIEGEL:** Die Mitgliedschaft im Euro galt lange als irreversibel. Jetzt könnte erstmals ein Staat aus der Währungsunion ausscheiden. Was bedeutet das für die Zukunft Europas?

**Juncker:** Sie stellen mir eine theoretische Frage, mit der ich mich gar nicht beschäftigen will. Ich will einen Austritt Griechenlands verhindern. Und dabei sind wir schon weit gekommen. Denken Sie an das Jahr 2010 zurück, an den Beginn dieser Misere. Damals war die Gefahr einer Ansteckung anderer Länder riesengroß. Wenn Griechenland damals den Euro verlassen hätte, wäre das möglicherweise zu einem Sprengsatz für die gesamte Eurozone geworden. Heute hätte ein Grexit noch immer verheerende Folgen, aber die Angst, dass dadurch der Austritt weiterer Mitgliedsländer hervorgeufen werden könnte, ist deutlich gesunken. Trotzdem entsteht auf der ganzen Welt der Eindruck, dass die Zusammensetzung der Eurozone verändert werden kann. Diesen Eindruck müssen wir vermeiden.

**SPIEGEL:** Griechenland ist nicht der einzige Fall, wo es Ihnen schwerfällt, den europäischen Verbund zu verteidigen. Die britische Regierung will das Volk schon bald darüber abstimmen lassen, ob das Land in der EU bleiben soll oder nicht. Wie groß ist die Gefahr, dass die Briten aussteigen?

**Juncker:** Wir brauchen einen fairen Deal. Die Briten wissen, dass nicht nur Großbritannien rote Linien hat, sondern die anderen Mitgliedsländer auch. Wir sind in Brüssel keine durchgeknallten Hurra-Europäer, und die Briten sind ein intelligentes Volk – wir werden uns so einigen, dass unsere Freunde aus dem Vereinigten Königreich Lust verspüren werden, dauerhaft Mitglied der Europäischen Union zu bleiben.

**SPIEGEL:** Dem britischen Premier geht es aber ums Grundsätzliche. Er möchte das Credo einer „immer engeren Union“ aus der Präambel des Lissabon-Vertrags streichen. Was antworten Sie ihm?

**Juncker:** Warum sollen in Europa einige nicht schneller laufen als andere? Wenn

\* Peter Müller, Christoph Schult und Michael Sauga in Junckers Brüsseler Büro.